Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 137. **Sonnabend, den 15. November 1930.** **33. Jahrg.**

Abrüstung und Vertragsrevision

Genf gegen deutschen Antrag.

Kriegsmaterial wird nicht festgestellt.

Der in Genf tagende Abrüstungsausschuß hat nach viertägigen bewegten Verhandlungen in drei Abstimmungen endgültig jede direkte Herabsetzung oder Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials abgelehnt. Damit ist einer der entscheidenden Punkte aus dem Abrüstungsabkommen herausgenommen worden.

Der Abrüstungsausschuß lehnte zuerst den entsprechenden sowjetrussischen Antrag mit zwölf gegen fünf Stimmen bei zehn Enthaltungen ab. Für den sowjetrussischen Antrag stimmten Deutschland, Italien, Holland, Sowjetrußland und die Türkei, dagegen England, Frankreich, Belgien, die Kleine Entente, Polen, Finnland, die Vereinigten Staaten, Japan und Südslawien.

Der deutsche Antrag, der auf Grund eines besonderen Antrages Benstoffs zur namentlichen Abstimmung gestellt wurde und der eine direkte Erfassung des Kriegsmaterials der Landrüstungen verlangt, erhielt neun gegen neun Stimmen und sieben Enthaltungen, gilt damit als abgelehnt. Für den deutschen Antrag stimmten Deutschland, Italien, Kanada, die Vereinigten Staaten, Holland, Schweden, die Türkei, Sowjetrußland, Venezuela, gegen den Antrag die gleiche Mehrheit, die auch den sowjetrussischen Antrag abgelehnt hatte.

An dritter Stelle wurde sodann mit elf gegen neun Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen ein italienischer Antrag abgelehnt. Mit der Ablehnung der gesamten Anträge ist der Versuch, irgendeinen wirksamen Vorstoß in der Richtung auf wirkliche und ernsthafte Beschränkung der Rüstungen oder doch der Anhäufung von Kriegsmaterial einzuleiten, gescheitert.

Wasch mir den Pelz ...

Der Abrüstungsausschuß hat nach der Ablehnung der deutsch-italienisch-sowjetrussischen Anträge auf direkte Herabsetzung und Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials einen englischen Antrag mit 16 gegen 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen, nach dem eine Herabsetzung des Kriegsmaterials lediglich durch eine gewisse Beschränkung der Heeresausgaben möglich sei. Im übrigen stellt der angenommene englische Antrag fest, daß gewisse Abordnungen eine direkte Erfassung des Kriegsmaterials, andere Abordnungen eine Verbindung der beiden Methoden fordern. Gegen den englischen Antrag stimmten Deutschland, Italien und Sowjetrußland. Der amerikanische Botschafter Gibson enthielt sich der Stimme.

Tardieu gegen Deutschland.

Vertrauensvotum für das Kabinett Tardieu.

Die außenpolitische Debatte in der Französischen Kammer endete mit einem Vertrauensvotum für die Regierung Tardieu, der von den Abgeordneten mit 323 gegen 270 Stimmen bezeugt wurde, daß sie das Vertrauen der Kammer für ihre bisherige auswärtige Politik besitze.

Vor der Abstimmung hatte Ministerpräsident Tardieu das Wort zu längeren Ausführungen ergriffen, bei denen er sich wie sein Außenminister Briand insbesondere mit den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland beschäftigte. Zwar machte er bei Beginn seiner Rede vor Briand eine Verbeugung, indem er sagte, daß er sich mit ihm in der Führung der auswärtigen Politik Frankreichs solidarisch erklärt. Diese Solidaritätserklärung verschwand allerdings dann vollständig bei den weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten, die sich scharf gegen Deutschland wandten und sich besonders mit der Frage der Abrüstung und der Vertragsrevision beschäftigten. Tardieu betonte insbesondere, daß ein Anspruch Deutschlands nicht existiere, daß auch die anderen Mächte abrüsten. Im Friedensvertrag sei Deutschland die Entwaffnung allein auferlegt worden. Die Klauseln des Versailler Vertrages und der Völkerbundsatzungen brächten nur den Wunsch Frankreichs und der Siegerstaaten zum Ausdruck, die in voller Freiheit ihrer Entscheidungen die Rüstungen beschränken könnten. Tardieu vertrat übrigens merkwürdigerweise die Ansicht, daß Deutschland heute noch mit seinen Abrüstungsverpflichtungen im Rückstand sei, und betonte, daß Frankreich schon in weitem Maße abgerüstet habe.

Bezüglich der Vertragsrevision vertrat Tardieu die Meinung, daß nach Artikel 19 der Völkerbundsatzungen eine Revisionsmöglichkeit bestehe. Da aber dieser Artikel Einstimmigkeit für jede Änderung verlange, „genieret er Frankreich weiter nicht". Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft stammten nicht aus den Verträgen, sondern aus den Verlusten des Krieges. Es sei kindlich und absurd, von einer Vertragsrevision wirtschaftliche Heilung zu erhoffen. Die territorialen Fragen aufzuwerfen, bedeute aber Krieg.

Die Ausführungen Tardieus müssen also als starre Ablehnung jeder territorialen Revision bezeichnet werden.

Die Minderung der Haushaltsausgaben.

Weiterberatung der Reichsratsausschüsse. — Die Schwierigkeiten der Wohlfahrtsunterstützung.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates setzten unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich die Beratung des Gesetzentwurfes über die Senkung der Realsteuern fort. Die Vorlage wurde in erster Lesung erledigt. Eine zweite Lesung soll in der nächsten Woche stattfinden. Die Ausschüsse begannen dann die zweite Lesung des Ausgabenbegrenzungsgesetzes, das bestimmt, daß die Ausgaben in den Jahren 1932 und 1933 nicht höher sein dürfen als 1931. Strittig ist hier bekanntlich besonders die Stellung der Gemeinden, die darauf hinweisen, daß eine solche Begrenzung der Haushaltsausgaben durch den dauernden Zugang von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern außerordentlich erschwert werde.

Ersatz für Gefrierfleisch.

Fleischmarken an Minderbemittelte.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages verhandelte über die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel zur Verbilligung von Frischfleisch an Stelle des in Fortfall gekommenen zollfreien Gefrierfleisches. Reichsernährungsminister Schiele führte aus, daß sich die Frischfleischverbilligung nur auf diejenigen Gemeinden erstrecken soll, die bisher mit zollfreiem Gefrierfleisch beliefert worden sind. Die Gemeinden erhalten erstmalig Anfang Dezember die auf sie entfallenden Fleischmarken, die monatlich an die Minderbemittelten verteilt werden sollen. Wenn die Verteilung am 1. Dezember beginnt, sind als Reichszuschuß für den Rest des Rechnungsjahres sofort noch 6,7 Millionen Mark notwendig, während im ganzen für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 110 Millionen Mark gebraucht würden.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Von den Sozialdemokraten wurde beantragt, daß die Reichsregierung ein Gesetz einbringen soll, wodurch entweder die zollfreie Gefrierfleischeinfuhr von 100 000 Tonnen zugelassen oder unter entsprechender Änderung des Fleischbeschaugesetzes der Zoll für Gefrierfleisch auf höchstens 15 Mark für den Doppelzentner herabgesetzt wird.

Der Kampf um das Frischfleisch.

Ein weitgehender Beschluß.

Zu einem größeren Konflikt zwischen Reichsregierung und dem Haushaltsausschuß des Reichstages kam es zum erstenmal bei der weiteren Beratung über die Verbilligung des Frischfleisches. Vor der Abstimmung wandte sich Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gegen alle Anträge, zu deren Durchführung erhebliche Geldmittel erforderlich seien, denn es sei keine Möglichkeit vorhanden, solche Mittel aufzubringen. Dann kam es zur Abstimmung.

Unter Ablehnung aller übrigen Anträge wurde schließlich einem kommunistischen Antrag zugestimmt, der die Reichsregierung auffordert, die Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung in der Weise vorzunehmen, daß der Preis des verbilligten Frischfleisches in keinem Falle höher sein darf als der bisherige Preis des zollfreien Gefrierfleisches und daß der Kreis der Bezieher von verbilligtem Frischfleisch alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten umfassen muß.

Für den Antrag der Kommunisten stimmten mit den Antragstellern die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, zwei Mitglieder der Landvolkpartei und ein Christlichsozialer. Dagegen stimmten das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

640 Millionen erforderlich.

Die geplante Verbilligung des Frischfleisches zum Ersatz für die gesperrte Einfuhr von Gefrierfleisch sollte nach dem Anschlag des Reichsernährungsministeriums für das zweite Etatshalbjahr berechnet rund zehn Millionen Mark kosten. Würde die Verbilligung erst ab 1. Dezember eintreten, also für vier Monate bis zum Schluß des Rechnungsjahres, wären 6⅔ Millionen erforderlich. Der jetzige Beschluß des Reichshaushaltsausschusses würde nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums rund 640 Millionen Mark in Aussicht nehmen. Die Regierung wird vom Reichstag die Wiederbeseitigung dieses Beschlusses des Haushaltsausschusses verlangen, daß die Reichsregierung den angenommenen Antrag lediglich als agitatorisch und verantwortungslos bezeichnen müsse. Denn man könne keine Anträge annehmen, ohne nicht den Weg zu zeigen, wie sie durchgeführt werden können.

Lärmszenen im Preußischen Landtag.

(187. Sitzung.) tt. Berlin, 13. November.

Im Preußischen Landtag kam es zu Beginn der Sitzung zu starken Lärmszenen. Die Deutschnationalen verlangten die sofortige Beratung eines Antrages, der sich mit den

Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei

am Berliner Universitätsgebäude beschäftigt und der das Staatsministerium um eine eingehende Darstellung der Vorgänge ersucht. Bei den Worten des Abgeordneten Borck (Dna.): „Der Landtag müsse sich dagegen verwahren, daß ein System, das aus dem Verbrechen der Novemberrevolution entstanden sei ..." erhob sich bei den Sozialdemokraten ein ungeheurer Lärm. Durch andauernde Schlußrufe wurde der Redner am Weitersprechen gehindert. Dem Präsidenten gelang es nicht, die Ruhe wiederherzustellen, so daß sich der Abgeordnete Borck gezwungen sah, vom Rednerpult abzutreten. Der sofortigen Beratung des deutschnationalen Antrages wurde durch die Sozialdemokraten widersprochen.

Es folgt die dritte Beratung der Durchführungsbestimmungen zur

Gemeinde-Bier-, -Getränke- und -Bürgersteuer.

Auf der Regierungsbank hat Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff mit seinen Beamten Platz genommen.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff äußerte sich dann über das Reichsfinanzprogramm. Der Minister richtete an die Beamtenschaft den Appell,

die Gehaltskürzungsmaßnahmen

verständnisvoll zu ertragen, da sich am 1. April vielleicht ergeben werde, daß die Gehälter nicht herabgesetzt, sondern dem gesunkenen Preisstand angeglichen worden seien.

Die Steuervorlage wird dann in namentlicher Schlußabstimmung mit 251 gegen 146 Stimmen angenommen.

Es folgte die gemeinsame Beratung der deutschnationalen und deutsch-volksparteilichen Anträge über die Errichtung von

pädagogischen Akademien

sowie des deutschnationalen Antrags, der verlangt, daß vor Zulassung von Dissidenten zum Besuch einer pädagogischen Akademie eine höchstgerichtliche Entscheidung über die Zulässigkeit der Anstellung dissidentischer Lehrkräfte an den preußischen Volksschulen herbeigeführt werden solle. In den Etat für 1931 sollen Mittel zur Errichtung einer pädagogischen Akademie für evangelische Lehrer in Groß-Berlin eingestellt werden.

Der preußische Kultusminister Dr. Grimme erläuterte den Standpunkt der Regierung und erklärte, der Staat habe die Verpflichtung, gegenüber allen Richtungen nicht nur Toleranz zu üben, sondern auch für Parität zu sorgen.

Minister Grimme schloß mit der Erklärung, er verzichte vorläufig darauf, darzulegen, inwieweit überhaupt angesichts der allgemeinen Finanzlage des Staates und der Junglehrernot eine Notwendigkeit zur Gründung neuer Akademien für Ostern 1931 bestehe.

Abg. Brockmann (Ztr.) sprach sich wegen der Überfülle von Junglehrern, die erst in Brotstellung gebracht werden müßten, gegen die Vorlage aus.

Abg. Boelitz (D. Vp.) wies darauf hin, daß nach der Erklärung des Zentrumssprechers die Opposition einen unerhofften Zuwachs erhalten habe. Artikel 174 der Reichsverfassung kenne keine „weltlichen" Schulen.

Nach der Aussprache vertagte sich das Haus.

Der Preußische Landtag zur Agrarnot.

(188. Sitzung.) tt. Berlin, 14. November.

Das Haus verabschiedete den Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Marburg a. d. Lahn. Annahme fand auch eine Änderung des Gewerbesteuergesetzes, wonach die staatlich geprüften oder nach § 123 der Reichsversicherungsordnung zulassungsfähigen Zahntechniker (Dentisten) sowie die vereidigten Land- und Feldmesser und die Markscheider als Angehörige der freien Berufe im Sinne der Gewerbesteuerverordnung gelten sollen.

Das Haus begann hierauf die gemeinsame Beratung zahlreicher Großer Anfragen und Uranträge, die sich mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719301115-12/fragment/page=0001

Notlage der Landwirtschaft,
insbesondere auch mit der hohen Preisspanne landwirtschaftlicher Erzeugnisse, befassen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger nahm dazu das Wort. Die Zunahme der Verschuldung der Landwirtschaft in Deutschland betrage im ersten Halbjahr 1930 400 Millionen Mark. Der Schwerpunkt dieser Verschuldung liege bei den kurzfristigen Krediten und hier spiele wiederum

der Düngerwechsel

eine besondere Rolle. Man dürfe annehmen, daß von Fall zu Fall auf schwierige Verhältnisse Rücksicht genommen werde. Zur Kreditkrise komme die Absatzkrise, insbesondere auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft. Der Minister wies auf die bekannten Bestrebungen hinsichtlich des Roggen- und Weizenproblems hin und befaßte sich mit der

Kartoffelverwertung.

Es seien u. a. Versuche, gedämpfte Kartoffeln auch an Rinder und Pferde zu verfüttern, eingeleitet. Die Haltbarmachung in Einsäuerungsgruben sei seit Jahren verfolgt. Als Folge der Einsäuerung müsse man allerdings mit einer

Vermehrung des Schweinebestandes

rechnen. Den hierin liegenden Gefahren sei durch Züchtung und Mästung eines Fleischschweines entgegenzuwirken. Um die Landwirtschaft über zweckmäßige Fütterung zur Erzielung eines marktfähigen Schweines aufzuklären, gingen Ausschlachtungsversuche in den preußischen Forschungsanstalten nebenher.

Darauf beantworteten Regierungsvertreter die Großen Anfragen im einzelnen. Dann folgte die allgemeine Aussprache, bei der die gegensätzlichen Meinungen der Parteien über die Hilfsmaßnahmen Preußens für die Landwirtschaft mehrfach heftig aufeinanderprallten.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Zur Gehaltsfrage der Beamten.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig, richtete an den Reichskanzler das dringende Ersuchen, ab 1. Januar 1931 das Gehalt des Reichspräsidenten als Höchstmaß für Gehälter aller Beamten im Deutschen Reich festzusetzen. — In der Begründung wird auf die ungeheuren Gehälter gewisser Reichs-, Länder- und Kommunalbeamten, auf die hohen Repräsentationsgelder der deutschen Diplomatie im Vergleich zu anderen Staaten hingewiesen, die Verbitterung hervorrufen müssen, solange Millionen ohne den nötigsten Lebensunterhalt sind.

Herabsetzung der Gehälter bei der Reichsbahn.

In den letzten Tagen ist die Frage aufgeworfen worden, ob auch Reichsbahn und Reichsbank sich der Herabsetzung der Gehälter anschließen würden. Wie man hinsichtlich der Reichsbahn erfährt, werden auch dort entsprechend dem Vorgehen des Reiches die Gehälter heruntergesetzt, selbstverständlich auch bei leitenden Beamten.

Großbritannien.

Britische Reichskonferenz gescheitert.

Die Beratung der Führer auf der britischen Reichskonferenz hat die Bestätigung gebracht, daß die Konferenz mit einem völligen Versagen auf wirtschaftlichem Gebiete endet. Wie aus dem Sitzungsbericht hervorgeht, ließen die Delegationsführer die Frage der Einführung des Quotensystems, die Schaffung von Einfuhrämtern usw. unentschieden. Beschlossen wurde lediglich, ein Wirtschaftssekretariat einzusetzen, das die weitere Untersuchung vornehmen soll.

Furchtbare Einsturzkatastrophe in Lyon.

Zahlreiche Tote.

In der Nacht zum Donnerstag, zwischen 1 und 2 Uhr, ereignete sich in Lyon ein furchtbares Einsturzunglück. Eine Mauer, die an das „Hôtel du Petit Versailles" grenzte, brach zusammen, worauf das ganze Gebäude unter furchtbarem Getöse zusammenstürzte. Das war aber der Anfang der Katastrophe. Kaum hatte man nämlich die Aufräumungsarbeiten begonnen, als plötzlich

mehrere Häusergruppen

in der Nachbarschaft einstürzten und Bewohner und Hilfsmannschaften unter den Trümmern begruben. Sofort wurde das ganze Gelände in einem Umkreise von mehreren hundert Metern abgesperrt. Die Häuser im Absperrungskreise mußten auf Befehl der Polizei sofort geräumt werden. Kaum war jedoch dieser Befehl ausgeführt, als große Erdmassen nachrutschten und

ein weiterer Häuserblock zusammenbrach.

Mehrere Rettungswagen, die zum Abtransport der Verunglückten eingetroffen waren, wurden unter den Trümmern begraben. Wie groß die Zahl der Todesopfer ist, hat sich mit Sicherheit noch nicht feststellen lassen.

Die Schreckensnacht in Lyon.

Erdlawinen von ungeheurer Wucht.

Die wenigen Augenzeugen der nächtlichen Katastrophe in Lyon erzählen, daß das Gebäude am Chemin Neuf Nummer 15 wie vom Blitz zerschmettert zusammengebrochen sei. Der Chemin Neuf wird durch an einem steilen Abhang liegende Gärten begrenzt, die mit einer hohen Stützmauer zur Straße abschließen. Kurz vor 1 Uhr stürzte diese Mauer unter starkem Erdrutsch ein, wobei sich die Gesteins- und Erdmassen auf den Chemin Neuf wälzten und in gewaltiger Welle gegen die gegenüberliegenden Häuser anbrandeten. Als etwa 35 Feuerwehrleute mit der Bergung der Toten und Verwundeten beschäftigt waren, ereignete sich die zweite Einsturzkatastrophe, die Retter und Gerettete unter sich begrub. Um 2,50 Uhr und um 4,10 Uhr erfolgten die weiteren Erdrutsche. Nach dem zweiten Erdrutsch traf der Präfekt mit seinem Stabe an der Unglücksstelle ein und untersagte die Fortsetzung der Räumungsarbeiten.

Der Erdrutsch hat bereits etwa 20 000 Kubikmeter Boden erfaßt, und es läßt sich noch nicht absehen, ob die Bewegung zum endgültigen Stillstand gekommen ist. Alle Autodroschken sind durch Polizeibefehl beschlagnahmt worden, um für das Hilfs- und Rettungswerk verwendet zu werden.

Trotz seiner Krankheit ist der Bürgermeister Herriot am Ort der Katastrophe erschienen, um in der Untersuchungskommission mitzuwirken. Vorläufig nimmt man an, daß der gewaltige Erdrutsch auf Unterspülungen durch die starken Niederschläge des Sommers und der letzten Zeit zurückzuführen ist.

Die Erdrutschgefahr in Lyon vorüber.

Man rechnet jetzt mit 30 Toten.

Das Einsturzunglück in Lyon läßt sich in seinen Ausmaßen immer noch nicht übersehen. Inzwischen hat sich ergeben, daß die Zahl der Toten in der ersten Erregung übertrieben worden ist. Man rechnet jetzt „nur noch" mit etwa 30 Toten und einer gleichen Anzahl Verletzter. Präsident Doumergue hat sofort nach dem Unglück an den Bürgermeister Herriot ein Telegramm gesandt und ihn wissen lassen, daß er 10 000 Frank als erste Hilfe für die Hinterbliebenen der Opfer des Unglücks zur Verfügung stelle. Man glaubt, daß die schlimmste Gefahr vorüber sei, und hofft, daß keine weiteren Erdrutsche, die den Einsturz neuer Gebäude nach sich ziehen könnten, erfolgen.

Schiffsuntergang an der chilenischen Küste.

17 Mann ertrunken.

London. Der Küstendampfer „Lauro" ist bei der Insel Quilan an der chilenischen Küste untergegangen, wobei 17 Mann ums Leben kamen. Acht Mann wurden vom Wrack gerettet.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark

	14. 11.	13. 11.		14. 11.	13. 11.
Weiz., märk.	250-251	250-251	Weizkl. f. Bln.	8,0-8,5	8,0-8,5
pommersch.	—	—	Roggkl. f. Bln.	7,5-8,0	7,5-8,0
Roggen, märk.	155	152-154	Raps	—	—
Braugerste	186-212	186-212	Leinsaat	—	—
Futtergerste	170-180	170-180	Viktoriaerbsen	25,0-31,0	25,0-31,0
Sommergerste	—	—	kl. Speiseerbs.	24,0-26,0	24,0-26,0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	19,0-21,0	19,0-21,0
Hafer, märk.	141-151	141-151	Peluschken	19,0-20,0	19,0-20,0
pommersch.			Ackerbohnen	17,0-18,0	17,0-18,0
westpreuß.	—	—	Wicken	17,0-20,0	17,0-20,0
Weizenmehl			Lupinen, blaue	—	—
p. 100 kg fr.			Lupinen, gelbe	—	—
Brl. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	8,5-9,2	8,5-9,2
Mrk. ü. Not.	29,0-37,5	29,0-37,5	Leinkuchen	14,5-14,7	14,5-14,7
Roggenmehl			Trockenschtzl.	5,3-5,8	5,3-5,8
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	12,1-12,8	12,1-12,8
Berlin br.			Torfmull 30/70	—	—
inkl. Sack	24,2-27,2	24,5-27,2	Kartoffelflock.	—	—

Lokales und Provinzielles.

—* **Annaburg.** Große Freude herrscht bei den Mitgliedern des Stenographenvereins „Stolze-Schrey". Erst in der letzten Ausgabe unseres Blattes konnten wir berichten, daß es 2 Mitgliedern gelungen sei, bei der Handelskammer die Geschäftsstenographenprüfung in 150 Silben mit Erfolg abzulegen. — Diese Prüfung besteht in der Uebertragung zweier Diktate (und zwar eines parlamentarischen und eines geschäftlichen) von je 5 Minten Dauer mit 150 Silben Geschwindigkeit in der Minute, der Berichtigung eines völlig fehlerhaften Briefes und der Anfertigung eines Briefes nach angegebenen Stichworten. — Nachdem hat dieser Verein die Mitteilung erhalten, daß bei dem im Mai ds. Js. veranstalteten Verbandsfernwettschreiben Herr Erwin Matthäs einen 1. Preis in der Abteilung 140 Silben und Fräulein Else Kuitzsch einen 2. Preis in der Abteilung 120 Silben errungen haben. Diese Erfolge zeugen von Interesse der Mitglieder an der für ihren Beruf wichtigen Beherrschung der Stenographie. Es wäre zu wünschen, daß sich Fernstehende dieses Ergebnis zum Vorbild nehmen.

Annaburg. In der am Sonnabend, den 8. d. Mts., stattgefundenen Versammlung des Geflügelzuchtvereins Annaburg, wurde der Plan der Gründung einer Eierverwertungs- und Futtereinkaufsgenossenschaft besprochen. Zweck der Organisation soll vor allem die genossenschaftliche Verwertung von Eiern und Kleintierzuchtprodukten sein, weiterhin der gemeinsame Einkauf von Futtermitteln, Geräten etc. Die heute am Orte zu erzielenden Preise, besonders für Eier, genügen nicht, um den Geflügelhaltern eine Rentabilität ihres Betriebes zu gewährleisten, was sich ganz besonders auf die kleineren Haltungen bezieht. Ferner stößt der laufende Absatz auf Schwierigkeiten, im Winter ist zwar jedes Quantum frischer Eier leicht verkäuflich, während dagegen im Frühjahr und Sommer die Eier entweder garnicht oder nur zu sehr niedrigen Preisen abzusetzen sind. Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und gemeinsame Verwertung der Produkte besteht die Möglichkeit, alle anfallenden Eier ständig zu guten Preisen abzusetzen, sodaß also Absatzschwierigkeiten für die Mitglieder der Genossenschaft ausscheiden. Da die Preise, welche durch genossenschaftliche Verwertung zu erzielen sind, bedeutend höher sind als beim Einzelverkauf in kleinen Posten, so wird die Rentabilität der einzelnen Betriebe durch die Genossenschaft gehoben. Als zweiter, sehr wichtiger Punkt, der für den finanziellen Erfolg einer Geflügelhaltung sehr ausschlaggebend ist, ist eine zweckmäßige und möglichst billige Fütterung zu erwähnen. Für den Einzelnen stellen sich die Futterkosten bei Einkauf in kleinen Mengen viel zu hoch. Ein gemeinsamer Futtereinkauf über die Genossenschaft würde auch den kleineren Geflügelhaltungen dieselben günstigen Einkaufsbedingungen gewähren wie den Großfarmen. Durch Zusammenstellung einer einheitlichen Futtermischung ließe sich eine ständig gleichbleibende, zweckentsprechende und billige Fütterung ermöglichen, ebenso wie auch den Betrieben welche ihr Futter selbst mischen, durch Anlieferung der einzelnen Bestandteile zu Vorzugspreisen eine beträchtliche Vergünstigung gewährt werden könnte. Von besonderer Bedeutung ist noch, daß bei Eierablieferung durch die Genossenschaft verbilligter Maisbezug gewährt wird, aus dem von der Maismonopolstelle für Fütterungszwecke zur Verfügung gestellten Maiskontigent zum ermäßigten Zollsatze. Der Preisunterschied beträgt ca. 4 M. pro Zentner! Der Mais wird auf Bezugsscheine geliefert und zwar auf je 100 Eier 30 Pfund. Für die im eigenen Betrieb nicht benötigten Bezugsscheine kann Verkaufsauftrag erteilt werden und wäre eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Eierverkauf von über einen Pfennig pro Ei zu erreichen. Als weitere Vorteile der Genossenschaft sind noch: verbilligter Einkauf von Geräten, kostenlose Untersuchung kranker Tiere, Fachberatung, Förderung des Zuchttierabsatzes speziell auch für die kleineren Züchter, etc. zu nennen. Um auch anderen Kleintierhaltern, außer Geflügelhaltern, die Vorteile welche durch die Genossenschaft gewährt werden können, zugute kommen zu lassen, ist beabsichtigt, das Arbeitsgebiet auf die gesamte Kleintierzucht auszudehnen. Die Organisation der Genossenschaft hat so zu erfolgen, daß mit möglichst geringen Unkosten gearbeitet wird und der Vorteil bei Ein- und Verkäufen fast restlos den Mitgliedern zugute kommt. Vor allem haben Ausgaben für bezahlte Kräfte wegzufallen, die Führung der Geschäfte erfolgt ehrenamtlich. Lediglich die erforderlichen praktischen Arbeiten für Durchleuchten, Sortieren der Eier etc. sollen vergütet werden. Bei dem in der Versammlung vorgeschlagenen Organisationsplan ist dies auch ohne weiteres möglich und sind die Unkosten dabei nur minimal. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, sofort alle notwendigen Schritte zur Gründung der Genossenschaft in die Wege zu leiten und eine neue Versammlung auf Sonntag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr in der „Weintraube" anzu-

So ergiebig ist Persil!

Auf je 3 Eimer Wasser kommt 1 Paket. Lösen Sie Persil allein und kalt auf! Kochen Sie die Wäsche nur einmal eine Viertelstunde, und spülen Sie erst warm, dann kalt!

Wenn Sie einmal so waschen, werden Sie es nie mehr anders machen. Der gute Erfolg überzeugt Sie.

Persil bleibt Persil

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719301115-12/fragment/page=0002

beraumen. Zu dieser Versammlung sollen alle interessierten Züchter eingeladen werden. Es wäre zu wünschen, daß diese Versammlung recht zahlreich besucht wird.

Bethau. (25jähriges Jubiläum der Kirche zu Bethau.) Am 14. November 1905 wurde die neue Kirche zu Bethau geweiht. Die erste Bethauer Kirche hat, wie aus der Chronik ersichtlich ist, nicht an dem Orte der jetzigen Kirche gestanden, sondern am nördlichen Ende des Dorfes. Nun jährt sich der Tag der Weihe zum 25. Male. Diesen Erinnerungstag will die Gemeinde Bethau am kommenden Sonntag, den 16. November festlich begehen. Reiche Vorarbeit ist von den kirchlichen Körperschaften, von Pfarrer Wilhelmi-Großtreben, der die Pfarrstelle während ihrer augenblicklichen Vacanz verwaltet, und von Lehrer Hirschfeld-Bethau geleistet worden. Vertreter des Konsistoriums und der Ephorie, des Patronats, das in den Händen des Staates liegt, die früheren Pfarrer und Lehrer von Bethau, die Pfarrer und Kantoren der Ephorie Jessen und der umliegenden Orte, die Nachbargemeinden und vor allem die Gemeinden Bethau und Naundorf sind zu der Feier eingeladen worden. Der Festgottesdienst beginnt um 1 Uhr mittags. Anschließend findet ein Familienabend statt. Die Feier wird verschönt durch Darbietungen der Gesangvereine Großtreben und Naundorf, des Bethauer Doppelquartetts und des Junglandbundes Bethau.

Torgau, 13. Novbr. (Tumultartige Kreistagssitzung.) Eine tumultartige Kreistagssitzung fand am Donnerstag nachmittag in Torgau statt. Zu Beginn der Sitzung forderte die kommunistische Abgeordnete, Frau Vogt, Zurückziehung der Polizei, was jedoch vom Vorsitzenden abgelehnt wurde. Weiter forderte die Rednerin die Zulassung des Abgeordneten Zickert (Komm.), der vom Regierungspräsidenten wegen Unterzeichnung des Steuerstreiks seiner Aemter enthoben worden ist. Da Frau Vogt, die dreimal zur Ordnung gerufen werden mußte, ihre Rede nicht abbrach, wurde die Sitzung auf 5 Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab der ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete eine Erklärung dahin ab, daß er sich nach wie vor als Kreistagsmitglied betrachte. Er wurde schließlich unter lautem Protest der Kommunisten von seinem Platze verwiesen. Während der Dauer der Sitzung demonstrierten die Kommunisten vor dem Kreistagsgebäude unter dauerndem Geschrei, sodaß die Landjägerei und die Ortspolizei einschreiten mußten. Hierbei wurde ein Landjäger mit dem Stock und einer roten Fahne blutig geschlagen, worauf die Beamtenvom Gummiknüppel Gebrauchmachten. Nur unter dem Schutz der Polizei konnten die Abgeordneten nach Schluß der Sitzung das Kreishaus verlassen, das unter Bedeckung blieb. — Der Kreistag genehmigte eine Aenderung in der Satzung der Kreissparkasse, die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 100000 Goldmark für den Um- und Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses der Stadt Torgau, einen Nachtrag zum Ankauf des ehemaligen Postgebäudes in der Fischerstraße in Torgau zu einem Kaufpreise von 38000 RM., nachdem noch vorher versucht werden soll, einen günstigeren Kaufpreis zu erzielen, 59000 Mk. für die Beschaffung notwendiger Einrichtungsgegenstände und Flüssigmachung einer Anleihe bis zu 70000 Goldmark. Bemerkenswert waren hierbei Ausführungen des Landrats über die Kreisfinanzen, demzufolge man hoffe, ohne Kreissteuererhöhung über den Winter hinwegzukommen. Wie es im

Im Interesse einer rechtzeitigen Fertigstellung unserer Zeitung ersuchen wir, die Aufgabe von

Anzeigen größeren Umfangs

bis Mittags 12 Uhr

vor dem Erscheinungstage zu bewirken. Später eingehende Inserate müssen aus technischen Gründen für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Die früh hereinbrechende Dunkelheit in den Wintermonaten und die damit verbundene erschwerte Zustellung der Zeitung veranlaßt uns zu dieser Maßnahme

Kleine und **eilige** Anzeigen **(Todesanzeigen)** werden **bis 9 Uhr vormittags** des jeweiligen Erscheinungstages angenommen.

Expedition der Annaburger Zeitung.

nächsten Jahre werde, hänge von der Basis ab, die das Gesetz gestalte. Unter keinen Umständen werde aber von der Praktik äußerster Sparsamkeit abgewichen werden. — Zu den Vorfällen vor dem Kreishaus ist noch mitzuteilen, daß verschiedene Kreistagsabgeordnete von den Massen angriffen wurden. Gegen 4 Uhr wurde Schupo aus Wittenberg angefordert, die in einer Stärke von 20 Mann gegen 6 Uhr im Auto hier eintraf und den Platz säuberte. Verschiedene Personen wurden verhaftet und dem Schnellrichter vorgeführt. Die ergangenen Urteile lauten für: Holzweißig (der Aeltere) 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus (beantragt waren 1 Jahr 7 Monate Gefängnis); Holzweißig jun. 7 Monate Gefängnis; Pinger 1 Jahr Gefängnis; Zaspel (der Aeltere) 1 Jahr Gefängnis und die jüngeren Gebrüder Zaspel je 7 Monate Gefängnis. Die Kreistagsabgeordneten Frau Ida Vogt-Torgau und Zickert-Kobershain haben sich der Verhaftung und Aburteilung durch die Flucht entzogen. — Wie weiter berichtet wird, fanden am Freitag nachmittag gegen 5 Uhr wiederum Zusammenrottungen von etwa 60 Personen in der Nähe der Anhalt-Dessauischen Landesbank statt, die von der Wittenberger Schutzpolizei auseinandergetrieben wurden, wobei 4 Personen zwangsgestellt sind. — Aus Anlaß der Vorgänge am Donnerstag sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel polizeilich verboten.

Wittenberg, 12. Nov. (Ein Pferd durch elektrischen Strom getötet.) Am Chausseehaus an der Berliner Landstraße ist gestern nachmittag infolge des starken Sturmes ein schwerer Ast von einer Pappel abgebrochen und fiel auf die dort überirdisch geführte Lichtstromleitung, die zerriß und auf ein gerade vorbeifahrendes Gespann fiel. Das Pferd wurde sofort getötet, der Wagenführer wurde glücklicherweise nicht verletzt und kam mit einem nicht gelinden Schrecken davon.

Kirchliche Nachrichten.

Am 22. Sonntag nach Trinitatis:

Annaburg. Vorm. 1/2 10 Uhr: Gottesdienst | Herr Pf. Schrock.
Vorm. 1/2 11 Uhr: Kindergottesdienst
Abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Vorschule.
Löben. Sonntag nachm. 2 Uhr: Gottesdienst.
Katholische Kirche. Am Sonntag vorm. 1/2 9 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 1/2 5 Uhr: Andacht. Anschließend Versammlung in der „Weintraube".

Markt-Kalender.

18. Novbr.: Schweinem. in Schweinitz.
20. Novbr.: Schweinem. in **Annaburg.**
22. Novbr.: Schweine- und Pferdem. in Jessen.

Gegen Röte der Hände

und des Gesichts sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße, fettfreie **Creme Leodor,** welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese matte Creme wundervoll fühlend der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem kaufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife, 50 Pf. das Stück. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Zwangsversteigerung.

Am **Montag, den 17. November, mittags 12 Uhr,** werde ich im Gasthof **zur Weintraube** in Annaburg

1 Sofa mit Spiegelaufsatz,
1 Tisch und **2 Polstersessel**

meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigern.

Dietrich, Vollziehungsbeamter.

Als besonders **preiswert** empfehle ich

Haushandwerkzeug

Klopfhämmer . . . . . | Stück nur
Hämmer mit **Nagelzieher** . | **65** Pfg.
Zangen . . . . . |
Sägen (Fuchsschwanz) . . |
Küchenbeile . . . . Stück nur **95** Pfg.

J. G. Fritzsche.

Limburger . . . . Pfd. **55** Pf.
Tilsiter ohne Rinde 1/4 Pfd. **25** „
Emmenthaler, vollfett, ohne Rinde . . 1/4 Pfd. **45** „
Harzkäse (Kiste 20 Stück) **55** „
Fett-Bücklinge . . Pfd. **40** „
ff. Fleischsalat, Gewürzgurken

J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller, Mühlenstr. 40

Margarine
Pfund **55** Pf. und **1.00** M.

Neu aufgenommen:
Margarine mit Gutscheine auf schöne und nützliche Gebrauchs-Gegenstände! Besichtigen Sie bitte dieselben in meinem Laden.
Ein Besuch lohnt!

Empfehle noch:
ff. Kaffee zu **80** Pf. und **1.00** M.
Fett-Bücklinge | **Bratheringe**
Salzheringe | **Räucherheringe**
ff. Lachs | **Pa. Aepfel**

Markt 1 **M. Selle** **Markt 1**

Rechnungsformulare
in allen Größen fertigt an
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei

Trauringe
333, 585, 750, 900 gestempelt, in Glanz u. matt, erstklassiges Fabrikat in allen Schweren und Breiten lieferbar.

Moderne Schmucksachen,
Colliers mit reizenden Steinanhängern, **lange Ohrringe, Herren- und Damenringe, Herren-Uhrketten, Cigaretten-Etuis, Perlketten, Armbänder, Manschetten-Knöpfe, Nadeln** in allen Qualitäten und Preislagen.

Die beliebten
Löffel u. Bestecks
der Firma Aug. Wellner Söhne in **Alpakka** und **Alpakka versilbert.**
90er Auflage. Bester Ersatz für echt Silber.

Silberne Bestecke
800/000 gestempelt.
Bleikristalle.

Albrecht Panick, Uhrmachermeister.

Empfehle in nur guter und preiswerter Qualität:
Extra schwere
Herren-Windjacken, gefüttert
Herren-Winter-Joppen
Herren-Manchester-, Cord-, Breeches- u. Pilot-Hosen
Blaue Arbeitsjacken u. Hosen
Herren-Westen u. Pullover
Kinder-Strick- und Manchester-Anzüge

Seb. Schimmeyer.

Für unsere **Schnitte- und Stanzenbauerei** such. wir
1 Schlosser-Lehrling,
zum Antritt per **1. April 1931 oder früher.**
Jessener Industriewerk
Eisen- u. Blechwarenfabrik G. m. b. H.

Wer **Hypotheken, Darlehen, Bau- und Kaufgelder, Betriebskapital diskret und zu mäßigen Zinsen** sucht, wende sich an
OttoBriesenick,
Bülzig b. Wittenberg

Ofenlängen
große Fuhre RM. 18.—
kleine Fuhre RM. 14.—
Säumlinge, Fuhre 10.—
Alles trocken! Frei Haus!
empfehlt laufend
Wilhelm Kunze

RADIO
APPARATE ZUBEHÖR ERSATZTEILE

Mende / Nora / Siemens / Lumuphon
das **Neueste von der Funk-Ausstellung.**
Netzanschlußgeräte / Batterie-Geräte
Unverbindliche Vorführung.
Anoden-Batterien — Akkumulatoren
Sämtl. Zubehörteile :: Lade-Station.

Wilhelm Waisch.

Versenkbare Nähmaschinen 200—220
Nähmaschinen 150—165 RM.
Kinder-Nähmaschinen 2.50, 3.50, 4.50, 5.50
Nähmaschinennadeln / Nähmaschinenöl
Nähmaschinen-Reparaturen sauber u. gewissenhaft
Annaburger Fahrrad-Zentrale
Marta Stein.

Preisabbau!
Empfehle
Winter-Wäsche
zu ganz enorm billigen Preisen.
Hauptschlager:
Schlüpfer, dick, sehr gut nur M. **1.80**
Woll. Herrenstrümpfe Paar v. **1.50** an
Woll. Damenstrümpfe Paar v. **2.00** an
Nur prima Qualitäten!

Oswin Hofmann
Holzdorferstraße 11

Bestellungen auf
Brikets
nimmt entgegen.
J. G. Fritzsche.

Stalldünger
kauft jederzeit
Baumschule Naundorf
Telefon 251

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719301115-12/fragment/page=0003

Wo gehen wir Heute abend hin?

nach dem Waldschlößchen zum

Winzerfest

des Fußballklub Annaburg

Morgen, Sonntag, d. 16. November, nachm. 3 Uhr findet in der „Weintraube" eine

Versammlung

zwecks Gründung einer Eierverwertungsgenossenschaft statt, zu der alle Geflügelzüchter von Annaburg u. Umgebung eingeladen sind (s. auch lokalen Teil).

Hotel Goldener Anker

Sonntag, den 16. November:

Kirmesfeier.

Ab 4 Uhr nachm.: **Konzertmusik**
(Kapelle Rohr)

ff. Speisen und Getränke.

Es ladet hierzu freundlichst ein
Felix Martini und Frau.

Gasthof zur Herberge

Sonnabend, den 15. November 1930

Kirmesfeier

ff. Speisen und Getränke. Stimmungsvolle Unterhaltungsmusik

Freundlichst ladet ein **Hugo Linowitzki**

Hotel „Waldschlößchen".

Sonntag, den 16. November 1930:

Kirmesfeier.

Mit guten Speisen und Getränken wird bestens aufgewartet.

Abends: **Kirmes-Ball.**

Freundlichst ladet ein **Hugo Fensch.**

Arbeiter-Gesang-Verein „Concordia"

Sonnabend, den 15. November 1930 im Bürgergarten

Tanz-Kränzchen

mit Gesangseinlagen

Kassenöffnung 7½ Uhr — Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Oeffentliche

Versammlung

der National-Sozialist. Deutschen Arbeiterpartei am Sonnabend, den 15. November, im Gasthof Goldener Ring, 20½ Uhr.

Es spricht Parteigen. **Trendler-Bayreuth** über:

Ein freier, sauberer Staat, das kommende 3. Deutsche Reich!

Freie Aussprache!

Empfehle zu Familienfestlichkeiten:

Torten und bunte Schüsseln

in schönster Ausführung.

Täglich: Frisches Teegebäck und Sandkuchen.

Riethdorfs Nachf., Inh.: Karl Kolbe.

Telefon 270.

Zum Dienstag empfehle:

Blutfrische grüne Heringe

Fisch-Filet, geräuch. Schellfisch und Seelachs, Bratheringe ohne Kopf, Stück 10 Pf.

Franz März,

Inhaberin: **L. Schröder,** Markt 19.

Für jeden Geschmack
Für jeden Geldbeutel

ist die Wahl der Cigarren der Serie

Stadtgespräch

absolut richtig; denn **Qualität und Preis** liegen hier im **unglaublich günstigen Verhältnis!**

Der Kenner bevorzugt nur das Spezialgeschäft

Louis Hofmann.

Beachten Sie bitte mein Schaufenster!

Der Herr

im Herbst und Winter

Ulster
Paletots
Lodenmäntel
Lodenjoppen
Winterjoppen
Windjacken
mit und ohne Futter
Gummi-Mäntel

Sportwesten – Pullover – Jagdwesten
Unterzeuge
sowie sämtliche
Winterbedarfs-Artikel
in jeder Ausführung zu äußerst niedrigen Preisen

Carl Quehl

Gasthof zur Kleinbahn.

Sonntag, d. 16. Novbr.:

Schallplatten-Konzert

Dazu empfehle:

Kaffee und Plinsen.

Freundlichst ladet ein
W. Freidank u. Frau

Reparaturen

an Uhren, Goldwaren, Optik u. Grammophone werden preiswert und unter Garantie ausgeführt

Walter Kühne
Uhrmacher, Mittelstr. 28

Ischias-, Gicht- u. Rheumatismus-Kranken

teile ich gern geg. 15 Pfg. Rückporto sonst **kostenfrei** mit, wie ich vor fünf Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

J. Stieling, Kantinenpächter, **Frankfurt/Oder 624,** Zübenstraße 6.

Schöne, frische

Pommersche Eier

Stück 15 Pfg., empfiehlt
Riethdorfs Nachfolger.

Pa. Räucherlachs
Räucher-Aal
Kiel. Fettbücklinge
ff. Fleischsalat
Mayonnaise
Senf- und Pfeffergurken

J. G. Fritzsche.

Kellner-Bonbücher

zu haben bei
Herm. Steinbeiß.

Zum Totensonntag

empfehle

Kränze

sowie allen anderen Grabschmuck

Riech's Gärtnerei
am Friedhof

Handwagen

in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Ersatzteile und **Räder** stets vorrätig.

Solide Preise!

Zentrifugen :=: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.

Reparaturen aller Art.

Wilhelm Grahl.

TOFFE für den WINTER!

Mein

Kleiderstofflager

ist gut sortiert in einfachen — und eleganten Stoffen —

In dieser Saison werden bevorzugt

Lindener Samt
Wollgeorgette
Veloutine
Flamengo
Tweeds

Alle diese Modestoffe in vielen Modefarben und Mustern

Emil Bortfeld

Besichtigen Sie bitte meine Ausstellung am Sonntag!

Billige Hauswäsche!

Ueber Bord kommen ca. 3000 Stück neue weiße Mehlsäcke ungenäht und unzerschnitten (Stoffläche 0,32 qm, 130 cm breit Stück **nur 27 Pfg.** weil ungebleicht geliefert. Diese sind noch ohne Schrift und Farbaufdruck und eignen sich vorzüglich für Leib- und Hauswäsche, Laken, Vorhänge usw. Versand direkt an Private, nicht unter 1—3 Dutzend, 4—6 Dutzend in einer Bahnlänge, postbahnfrei unt. Nachnahme. Verpackung frei. **Stuhltuch,** schneeweiß 145 cm breit 0,36 qm **Stück nur 43 Pfg.** Ia. Qualität, Garantie, Rücknahme. Wilh. Harris, Bremen **M. 3,** Hemmstraße 156.

Wie macht man es bloß?

Ach, die dringenden Anschaffungen für den Winter! Für die Frau den notwendigen Mantel, ein neues Kleid, für den Mann den Ulster, einen Anzug, für die Kinder fehlt's auch und dann noch dies und das — wie macht man es bloß?

Die Klugen machen es so:

Sie kommen zu uns und im Nu sind alle diese Fragen erledigt
gut — billig ohne Sorgen!

Kaufen Sie bei der Firma

Ernst Peschke

Acker-Straße 16

Das Haus der guten Qualitäten!

Stets Eingang von Neuheiten!

NWK Handarbeits-Wettbewerb

Ich bitte, die fertigen Arbeiten bestimmt bis diesen **Dienstag, den 18. ds. Mts.,** bei mir einzuliefern.

Emil Bortfeld
Das moderne Geschäft am Markt

Fenster, Türen
Möbel aller Art
in bekannter Güte und dabei so preiswert empfiehlt
Wilhelm Kunze.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719301115-12/fragment/page=0004

Schnelle Arbeit.

In der Öffentlichkeit nimmt der Streit, daß fast schon erbittert gewordene Ringen um die Lohnsenkung und den Preisabbau die Aufmerksamkeit so gut wie ganz in Anspruch, — und das wirklich nicht mit Unrecht; denn es handelt sich um die Sorgen von heute und morgen. Abseits davon gehen aber die Bemühungen der Reichsregierung weiter, ihr Finanz- und Steuerreformprogramm in raschem Tempo vorwärtszubringen, und nur Spärliches dringt heraus aus den verschlossenen Zimmern, wo die Reichsratsausschüsse die 30 Gesetzentwürfe besprechen und vermutlich auch recht zahlreiche „Wenn" und „Aber", namentlich aber ausgiebige Klagen vorbringen dürften. Denn es soll dabei ja auch das finanz- und steuerpolitische Verhältnis des Reiches zu den Ländern bzw. den Kommunen besser und übersichtlicher geregelt werden, der „Finanzausgleich" also, der bisher immer nur ein vorläufiger war und es auch jetzt noch ist.

Bei seiner großen Eröffnungsrede zu Beginn der Reichsratstagung hatte der Reichskanzler ganz besonders dringend um Beschleunigung der Durchberatung gebeten und was man — Richtiges oder Falsches — aus den Sitzungen und Beschlüssen erfahren hat, deutet darauf hin, daß diesem Wunsche auch Rechnung getragen wird. Näheres läßt sich natürlich erst sagen, wenn endgültige Beschlüsse, vor allem erst einmal der Wortlaut der Gesetzentwürfe überhaupt bekannt geworden sind; fest scheint aber schon jetzt zu stehen, daß manches in Einzelheiten allerhand Abänderungen gegenüber den ursprünglichen Regierungsvorschlägen erfahren hat, und daß die Regierung darüber — mit sich reden läßt. Daß man also zu einer Einigung in recht umkämpften Fragen kommen kann und wohl auch gekommen ist und die Regierung durchaus nicht auf dem Buchstaben besteht, wenn nur das Ziel einer wirklichen Sanierung der Haushalte im Reich, den Ländern und den Gemeinden erreicht wird, ohne daß dies eine steuerliche Mehrbelastung wesentlichen Umfanges notwendig macht. Rücksichtsloses Zusammenstreichen der öffentlichen Ausgaben und gesetzliche Vorsichtsmaßnahmen gegen etwaige „Rückfälle", dazu Senkung bestimmter, wirtschaftlich besonders schädlicher Steuern bleibt der Grundgedanke, — und an dem darf der Reichsrat nicht rühren.

Es fehlt natürlich nicht an Streitpunkten vor allem dort, wo die finanziellen Interessen des Reiches mit den Lebensinteressen der Länder als im Reich selbständiger Gebilde aufeinanderstoßen. Was über die Reformvorschläge veröffentlicht wurde, enthält ja — um mit Wippchen zu reden — manchen „bitteren Brocken", den die Länder hinunterschlucken sollen und der oft genug eine erhebliche Einschränkung der steuerlichen Hoheitsrechte bei den Ländern und ihren Parlamenten enthält. Der Reichssparkommissar schwebt als „Drohung" über ihnen und hart bekämpft wird die Festlegung der Haushaltspläne auf eine absolut starre Ausgabenbegrenzung für gleich ein paar Jahre. Ähnliches soll ja auch den Gemeinden auferlegt werden. Und das hat im Reichsrat zu heftigem Widerspruch gereizt, ohne daß aber die Versuche erfolglos zu sein scheinen, auch hier ein gewisses Entgegenkommen der Reichsregierung herbeizuführen. Und zwar im Sinne einer nicht ganz so scharfen Einengung und Kontrolle.

Mit der ersten Lesung der zweieinhalb Dutzend Gesetzentwürfe ist man so ziemlich fertig; wesentlich für diesen schnellen Fortgang der Arbeit war ja die vorherige eingehende Fühlungnahme der Reichsregierung mit den Länderregierungen, die ja ihre Vertreter im Reichsrat „instruieren" — bis auf eine Anzahl selbständiger preußischer Reichsratsmitglieder —, also hinsichtlich der Abstimmung ziemlich festlegen. Bis zum 20. November sollte auch die zweite und dritte Lesung erfolgt sein und dann — naht ja erst die eigentliche Entscheidung darüber, ob die endgültige Verabschiedung oder in welcher Form diese auf dem üblichen „parlamtarischen Wege" erreichbar ist, ob also der Reichstag dem Werk seine Zustimmung gibt oder nicht. Fest scheint dabei übrigens zu stehen, daß so manches bei diesen Gesetzentwürfen angewiesen ist auf die Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages, weil es „verfassungsändernden" Charakters ist. Zum Reformprogramm gehört aber auch noch der Reichshaushalt und wenn der Reichskanzler nun jenes Programm bis Ende des Jahres durchbringt, so hat er dann mehr erreicht, als selbst größte Optimisten heute annehmen. Eine Beschleunigung der Entscheidung ist aber auch insofern notwendig, als die Verwirklichung der tiefeinschneidenden Vorschläge auch von größtem Einfluß auf die Aufstellung der Länder- und Gemeindehaushalte sein wird. Und schließlich ist auch die Rückwirkung einer möglichst baldigen Finanz- und Steuerreform auf die wirtschaftspolitische Lage nicht zu vergessen; denn diese Rückwirkung ist ja eines der wesentlichsten Ziele der ganzen Reform.

Kann das Handwerk seine Preise abbauen?

Die Spitzenvertretungen des deutschen Handwerks, der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag und der Reichsverband des deutschen Handwerks, haben in einer gemeinschaftlichen Vorstandssitzung zu dem Programm der Reichsregierung mit einer Entschließung Stellung genommen, in der über die Beurteilung der Preiswirtschaft im Handwerk u. a. folgendes ausgeführt wird:

Bei der Beurteilung der Preiswirtschaft im Handwerk darf nicht vergessen werden, daß unter 1 350 000 Betrieben eine große Anzahl Klein- oder Alleinbetriebe sind. Diese Betriebe rechtfertigen ihre Existenz durch geringeren Verdienstanteil und längere Arbeitszeit. Wie die Finanzämter bestätigen können, wird der Verdienst eines vollbeschäftigten Gesellen von derartigen Betriebsinhabern selten erreicht. Die Leute bezahlen also

ihre Selbständigkeit sehr teuer.

Erkundigungen bei den Sparkassen und den Genossenschaftsbanken werden ferner ergeben, wie groß die Kapitalnot heute im Handwerk ist. Sogenannte „Substanz" ist nur noch ausnahmsweise vorhanden. Das Zusammenholen der Löhne nimmt bei der passiven Haltung der Kundschaft immer mehr — sonst produktiv zu verwendende — Arbeitszeit in Anspruch.

Für die Preisbildung

im Handwerk sind Materialkosten, Löhne und Geschäftsunkosten die hauptsächlichsten Faktoren. Auf die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate hat das Handwerk keinen Einfluß. Selbst wenn die Weltmarktpreise gesunken sind, muß es wohl oder übel abwarten, bis die vorhergehenden, mehr oder weniger kartellierten oder syndizierten Lieferanten für den innendeutschen Markt einen entsprechend billigeren Bezug ermöglichen. Ebenso ist das Handwerk nicht unabhängig in der Lohnbildung. Soweit Forderungen der Arbeitnehmer als übertrieben bezeichnet werden müssen, fehlt es den betroffenen Gewerben meist an der Möglichkeit, sich dagegen durchzusetzen, teils wegen der pekuniären Folgen, teils wegen der staatlichen Schlichtungspolitik. Um so mehr hat das Handwerk die Verpflichtung,

die Geschäftsunkosten möglichst niedrig

zu halten. Aber auch hier stößt es überall auf gebundene Verhältnisse. Die Zinsen für Anlage- und Betriebskapital sind nach wie vor hoch, das gleiche gilt von den sozialen Lasten und den Realsteuern. Das Borgunwesen nimmt unerträglich zu, ebenso die Höhe der absoluten Verluste. Eine Deckung von derartigen Ausfällen durch den dem selbständigen Handwerker zustehenden Verdienstanteil ist unter den heutigen Verhältnissen einfach ausgeschlossen.

Die übergroße Konkurrenz

innerhalb und außerhalb des Handwerks, wie sie durch Warenhäuser, Konsumvereine, Werksverkaufsstellen, Beamtenvertriebsgesellschaften, Hausierhandel, öffentliche Hand und Produktivgenossenschaften gekennzeichnet wird, zwingt jeden Unternehmer von vornherein, sich mit dem bescheidensten Gewinn zu begnügen. Die Folge ist eine noch nicht dagewesene

Verarmung im Handwerk

und immer weitere Minderung der Substanz, soweit sie nach der Inflation überhaupt noch vorhanden war. Letzten Endes steht das deutsche Volk vor der Frage, ob es ein wichtiges Glied des Mittelstandes überhaupt noch als lebensfähig und existenzberechtigt anerkennen will. Der Handwerker kann nicht zu Fabrikpreisen liefern, weil er keine Massenware liefert und keine Massenproduktion betreibt. Seine individuelle Tätigkeit und seine nur zeitweilige Inanspruchnahme durch die Bevölkerung, seine erhöhten Gestehungskosten die auch durch höhere Löhne für seine Gesellen als für Industriearbeiter beeinflußt werden, bedingen eine andere Beurteilung, als sie zurzeit wieder einmal üblich ist.

Erzwingen läßt sich eine Preissenkung aus den angeführten Gründen überhaupt nicht, sondern sie kann nur aus dem guten Willen aller Beteiligten hervorgehen. Dieser gute Wille ist beim Handwerk unbedingt vorhanden. Man soll aber nicht die Tatsache verkennen, daß die neuzeitlichen Verhältnisse den Handwerker in eine Zwangslage versetzt haben, die nicht überall richtig erkannt und beurteilt wird.

Voraussetzung für einen fühlbaren Preisabbau ist daher die Beseitigung jeglicher Zwangswirtschaft.

Fortsetzung der Reichsratsarbeiten.

Ausgabenbegrenzungsgesetz auch in zweiter Lesung angenommen.

Die Ausschüsse des Reichsrats nahmen im weiteren Verlaufe ihrer Verhandlungen das Ausgabenbegrenzungsgesetz auch in zweiter Lesung an. In erster Lesung wurden außer dem Realsteuergesetz auch die drei Wohnungsgesetze erledigt, nämlich das Gesetz zur Verbilligung des Wohnungsbaues, das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und das Wirtschaftsgesetz für den Kleinwohnungsbau. Die zweite Lesung dieser Gesetze soll in der nächsten Woche stattfinden. In einer Nachmittagssitzung beendeten die Ausschüsse die allgemeine Aussprache über die Haushalte der Reichswehr und der Reichsmarine. Die Einzelberatung soll am Freitag nachmittag fortgesetzt werden. Ueber die zum Wehr- und Marinehaushalt vorliegenden Aenderungsanträge wird voraussichtlich erst später in der zweiten Beratung entschieden werden. Am Freitag sollen vor der Fortsetzung der Einzelberatung beim Wehrhaushalt die Haushalte des Auswärtigen Amts, des Reichsverkehrs- und des Reichsernährungsministeriums beraten werden.

Das Programm des Preissenkungsausschusses.

Einleitung der Inangriffnahme der Beratungen.

Amtlich wird mitgeteilt: Der voreinigen Tagen gebildete Kabinettsausschuß für Arbeits- und Preisfragen trat heute in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning erstmalig zusammen. Es nahmen u. a: teil: Reichsbankpräsident Dr. Luther, die Reichsminister Dietrich, Dr. Siegerwald und Schiele, der preußische Handelsminister Dr. Schreiber und der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Trendelenburg.

An der heutigen Sitzung wurde vor allem eine systematische Aufteilung des ganzen Arbeitsgebietes vorgenommen, um durch organische Zusammenarbeit die auf Preissenkung gerichteten Tendenzen mit aller Macht zu stärken. Eine Verlautbarung über das bisherige Ergebnis der amtlichen Maßnahmen wird morgen folgen. Die Beratungen des Kabinettsausschusses werden laufend fortgesetzt.

Zur Herabsetzung des Kriegsmaterials.

Deutscher Antrag in Genf.

Die deutsche Abordnung hat dem Präsidium des Abrüstungsausschusses folgenden Antrag zugestellt:

Der Ausschuß beschließt für sämtliche Landrüstungen die direkte Herabsetzung des gesamten Kriegsmaterials.

Von deutscher Seite wird namentliche Abstimmung über den Antrag zu Beginn der Freitagsitzung des Ausschusses verlangt.

Schluß der Inseratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Die Söhne der Julia Lindholm.

Roman von J. Schneider-Foerstl.

48. Fortsetzung — Nachdruck verboten

Die Rabatten brannten in satten Farben und schickten Christoph, der den breiten Kiesweg zur Villa hinaufschritt, Wolken süßländisch berauschender Düfte entgegen. Demütig neigten die stolzen Malven ihre etwas müden Häupter dem Rasen zu, der von dem Nebelstaub des mächtigen Springbrunnens wohltuende Kühlung empfing.

Das plötzliche Auftauchen der Mulattin auf einem der Seitenwege erschreckte ihn.

„Frau Senatore warten mit große Ungeduld." Mit diesen Worten lief Tatja ihm voran, dem Haupteingang zu und dann die breite Treppe hinauf nach Julias Zimmern.

Die Eile, mit der die Mutter ihn zu sprechen wünschte, überraschte ihn. Für ihn selber gab es keine Hetze mehr. Er hatte das Rennen aufgegeben.

Die Senatorin kam ihm schon auf dem ersten Stiegenabsatz entgegen und faßte nach seiner Hand.

„Keine neue Unheilsnachricht, mein Junge? — — Nein? Dann ist es gut!" Die Tür zu ihren Räumen öffnend, schob sie ihn über die Schwelle und drückte dann die Klinke herab. „Flens schrieb mir dringend, dein Prozeß mit Irenes Mutter würde einen bösen Ausgang nehmen. Wenn du nicht zur rechten Zeit wenigstens eine größere Summe als Teilbetrag erlegen kannst. — Dem müssen wir zuvorkommen. Ich habe bereits Schritte getan, womöglich die ganze Schuld noch heute zurückzubezahlen."

„Mutter!" — —

„Mit den von ihr geforderten Zinsen natürlich."

„Mutter — — ich —" Er tastete nach der Stirn und ließ den Kopf gegen die breite Lehne des Stuhles fallen: „Ich habe gar nicht einmal mehr so viel Mut, zu fragen — wie du es ermöglicht hast."

„Ganz einfach dadurch, mein Junge, daß ich hier verkauft habe?"

„Blankenese?" schrie er und starrte offenen Mundes zu ihr auf. „Sag, daß es nicht wahr ist, Mutter! — — Daß es — — nicht wahr ist!" —

„Es ist aber wahr, mein Sohn. Ich habe den Vertrag bereits vor einer Stunde unterzeichnet. Deine Schuld ist bis zum letzten Pfennig getilgt, wenn auch keiner davon übrig bleibt."

„An wen?" — — Sein Gesicht war pergamenten vergilbt und in jeder Linie verschoben.

„An den Bevollmächtigten des amerikanischen Oelfürsten Govard. Er hat die Summe sofort in bar auf der Deutschen Bank hinterlegt. Ich habe sie bereits an deine Schwiegermutter überweisen lassen. — — Nun bist du rückenfrei, mein Sohn."

Er wollte vor ihr in die Knie brechen und vermochte kein Glied zu bewegen, wollte die Hände zu ihr emporfalten und brachte sie nur bis zu der Höhe ihrer Brust: „Mutter!" Dann, plötzlich taumelnd, stürzte er vor ihr auf den Teppich und hielt ihre Füße umklammert.

Sie hob ihn zu sich empor und hielt sein Gesicht mit ihren eiskalten Händen umspannt, während sich ihr Mund auf seinen Scheitel drückte. „Damit ich dich nicht auch verliere — wie ich Rolf verloren habe," zitterte ihre Stimme zu ihm herab.

Seine Finger suchten empor und trafen auf die ihren, die er umklammert hielt. Das Gesicht in die Höhlung seiner Arme vergraben, fand er nichts als tonlos würgendes Schluchzen.

„Vielleicht wird mir jetzt vergeben, was ich an dem Toten gesündigt habe," hörte er wieder über sich hinsprechen.

Sie wartete, bis er sich so weit gefaßt hatte, reden zu können. „Was sagt Bastian?"

„Er wird es billigen. Der Name Lindholm ist auch der seine."

„Und du, Mutter? — Du? Was ist? — Was wird mit dir?"

„Um mich mußt du dich nicht sorgen," tröstete sie. „Du hast Frau und Kind. Das sind in diesem Falle die nächsten. Wenn das Konkursverfahren vorüber ist, kauft du die Firma neu auf."

Er wollte ein „Nein" rufen, besann sich aber und hob nur die Achseln. Man mußte ihr Zeit lassen, sich darein zu finden, daß ein Weitermachen für ihn hier in Hamburg nicht in Frage kam. Aber man durfte ihr das nicht so ohne weiteres ins Gesicht sagen, vielleicht fand er in einer anderen Stunde den Mut dazu. Heute jedenfalls nicht. Sie hatte Uebermenschliches für ihn getan und mußte um jeden Preis geschont werden.

Tatja kam mit ihrem lautlosen Schritt und trug eine Depesche auf dem Silberteller, den sie wortlos auf den Tisch stellte. Ehlers hatte das Telegramm durch einen Angestellten herausgeschickt.

Christoph erbrach es nervös und schloß, nachdem er es überflogen hatte, die Augen, so undurchdringlich schwarz war die Mauer, die sich plötzlich vor ihm hochtürmte:

„Irene Frühgeburt stopp. Knabe tot stopp. Kommen nötig stopp. Testa."

Julia hatte über seine Schulter hinweg die inhaltsschweren Worte mitgelesen. Ihre Hände lagen bleigefüllt auf seinen Achseln. Alles, was sie sprechen wollte, erstickte in dem einen Satz: „Mein armer Junge!"

Er fand keinen Ton! Keine Träne! Ein völliges Erstarren hatte ihn wort- und bewegungslos gemacht. Die Mutter fuhr die weißen Striche seiner Schläfen hinab und dann seine Wangen herunter, die sich kalt und eisig fühlten. „Ihr seid beide noch jung, mein Sohn! Irene wird dir das Verlorene ersetzen."

Das riß ihn auf. Er tastete nach seiner Innentasche und holte den Brief, den er von ihr erhalten hatte, heraus. Sie las ihn und gab ihn schweigend wiederum zurück. „Vergiß nicht, daß dein Kommen nötig ist, Christoph. Ich werde sofort an Friedrich telephonieren, so daß er alles bereithält. Ich wünsche, daß er dich begleitet. Oder soll Bastian mit dir reisen?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719301115-12/fragment/page=0005

Der Stahlhelm für Wehrhaftigkeit.

Volksbegehren gegen Preußens jetzige Regierung.

In Dresden veranstaltete die Bezirksgruppe des Stahlhelms eine Kundgebung für den Wehrgedanken. Der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Düsterberg, ging von der Unterzeichnung des Waffenstillstandes aus. Die von den Volksbeauftragten betriebene Auflösung der Wehrmacht vor den Friedensverhandlungen habe das Revolutionsverbrechen zur größten politischen Dummheit der Menschheitsgeschichte gemacht. Der Ruf „Nie wieder Krieg" sei genau so töricht wie der Ruf „Nie wieder Gewitter, Krankheit oder Tod". Das dringende Gebot der Stunde sei die Erringung der politischen Macht durch die nationalen Kreise. Die Haltung der heutigen Reichswehrführung gegenüber Parteien, die Landesverrat und Kriegsdienstverweigerung predigten, bedauere der Stahlhelm. Der Stahlhelm wolle ein wehrhaftes deutsches Volk, um künftige Gefahren zu bannen. Er werde kämpfen gegen die marxistische Diktatur in Preußen mit den Mitteln des Volksbegehrens.

Modernisierung im ländlichen Postdienst.

Der Fortschritt der Landpostverkraftung.

Die Postversorgung des platten Landes unter weitgehender Verwendung des Kraftwagens wird nach vorsichtiger Schätzung am Ende des laufenden Rechnungsjahres, also am 31. März 1931, soweit durchgeführt sein, daß 1150 Landkraftposten die Verbindung für 2400 Postagenturen und 14 700 Poststellen und für rund 6,8 Millionen Landbewohner herstellen. Damit ist aber der Ausbau der Landpostverkraftung bei weitem nicht abgeschlossen. Die Landpostverkraftung ist nur etwas mehr als zwei Jahre alt. Bis dahin wurde die Zustellung auf dem Lande durch den Landbriefträger zu Fuß besorgt. Vor dem Kriege begingen 23 000 Landbriefträger von rund 3900 Postämtern und 8400 Postagenturen aus die meisten geschlossenen Landorte zweimal täglich. Kriegs- und Nachkriegszeit zwangen auch hier zu schwerwiegenden Einschränkungen. Das bedeutete für die Landbewohner, daß sie ihre Post nur einmal im Laufe des Tages erhielten. Dieser Zustand konnte auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder einigermaßen geordnet waren, ging die Deutsche Reichspost an den Wiederaufbau der ländlichen Postversorgung.

Hier auf den Wegen der Vorkriegszeit weiterzugehen, erwies sich als finanziell untragbar. Nach systematischen Vorversuchen und sorgfältigen Berechnungen entschloß sich das Reichspostministerium, den Kraftwagen zur Beförderung der Sendungen für die Landorte zu benutzen und die Zustellung in den einzelnen Landorten besonderen, neuzuschaffenden Postanstalten, den Poststellen, zu übertragen. Die gesamte Post für die in die Verkraftung einbezogenen Gebiete wird den Leitpostämtern zugeführt und mit Kraftwagen auf regelmäßigen Postkursen zu den von Privatpersonen nebenamtlich verwalteten Postagenturen und Poststellen, die im Sinne des Gesetzes Postanstalten sind, gebracht. Die Landpostverkraftung hat sich bisher außerordentlich bewährt.

Briands Außenpolitik.

Große Kammerrede des französischen Außenministers. — Versailler Vertrag — Locarno-Young-Plan.

Außenminister Briand, stürmisch begrüßt, antwortete Marin. Wenn die Mehrheit der Kammer, so sagte Briand, ihm Mangel an Entschlossenheit vorwerfen sollte, so müsse sie sich von ihm trennen. Sicherlich fühle man eine gewisse Enttäuschung, wenn man bestimmte Reden deutscher Persönlichkeiten hörte. Er habe gegenüber deutschen Vertretern auch diese seine Gefühle ausgedrückt. Stresemann sei ein äußerst positiver Staatsmann gewesen. Er, Briand, habe Zugeständnisse gemacht, da er diese Zugeständnisse für den Frieden als unumgänglich notwendig hielt. Das erschütterte Vertrauen in den Frieden habe man in Frankreich unterstützt. Es sei traurig, zu sehen, wie man versuche, eine Panik hervorzurufen. Die Weltpolitik müsse man Rechenschaft tragen. In Genf setze sich Frankreich nicht mit Deutschland allein, sondern mit 52 Staaten an einem Tisch. Die Meinungsverschiedenheiten und Zweideutigkeiten müßten endlich verschwinden. Die Kammer müßte sich klar darüber aussprechen, ob sie seine seit Jahren verfolgte Politik, die die Politik Frankreichs sei, annehme oder nicht. Wenn in der Organisation des Friedens Hindernisse im Wege lägen, so sei dies um so mehr ein Grund, hartnäckig daran weiter zu arbeiten. Frankreich stehe einem 60 Millionen zählenden Volk gegenüber, das nicht irgendein Volk sei, sondern sich aus disziplinierten, intelligenten und schaffenden Bürgern zusammensetze. Eine solche Nachbarschaft müsse einen Außenminister veranlassen, durch herzliche Ankommen bestehende Gefahren zu verringern. Der Versailler Vertrag habe seine guten und schlechten Seiten. Artikel 19 erlaube das Studium gewisser Fragen. Man könne einem Land das Recht nicht absprechen, dieses Studium vorzunehmen. Durch den Locarno-Vertrag habe Frankreich von Deutschland das feierliche Versprechen erhalten, daß es niemals zur Aenderung seiner Westgrenzen unter Anwendung von Gewalt schreiten werde. Wer den Locarnovertrag kenne, dürfe ihn nicht angreifen, da er in Wirklichkeit nichts anderes sei als die Konsolidierung des Versailler Vertrages. Gewisse französenfeindliche Kundgebungen in Deutschland hängen mit der Krise in Deutschland zusammen. Dreieinhalb Millionen Arbeiter befänden sich in Elend und hätten keine Hoffnung auf baldige Besserung. Dies allein müsse genügen, um die Annäherungspolitik weiter zuführen. Er müsse erklären, daß der Youngplan nicht durch einen neuen Plan ersetzt werden könne. Deutschland habe jedoch das Recht, auf ein Moratorium. Ein Antrag hierauf sei ihm, Briand, jedoch noch nicht bekannt und an dem Tage, an dem dies geschehe, werde Frankreich sehen, was es zu antworten habe. Man schimpfe über verschiedene Hetzreden in Deutschland, aber es gebe auch in Frankreich Leute, die es liebten, sich passioniert auszudrücken.

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Erneute Verhandlungen.

In Essen begannen unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Professor Brahn, zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden erneute Verhandlungen über das Arbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau. Die Einigungsverhandlungen werden zurzeit auf Vorschlag des Schlichters in kleinem Kreise, der aus Vertretern beider Parteien besteht, fortgesetzt. Wird keine Einigung erzielt, so soll dieser Kreis als Schlichterkammer die Angelegenheit entscheiden. In den Verhandlungen beharrten die Gewerkschaften auf ihrer Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, eine Forderung, die der Zechenverband ablehnte mit der Begründung, daß jede Arbeitszeitverkürzung eine Steigerung der Selbstkosten mit sich bringen würde. Dies würde bei der überaus schlechten Wirtschaftslage des Ruhrbergbaus, die eine Senkung der Selbstkosten erforderlich mache, eine weitere Gefährdung des Bestandes und der Konkurrenzfähigkeit der Industrie bedeuten und die beabsichtigte Preissenkung der Ruhrkohle unmöglich machen.

In den Kerkern von Brest-Litowsk.

Der Berichterstatter in der Gefängniszelle. — Polnische Abgeordnete als Sträflinge.

Infolge eines Mißverständnisses wurde der Berichterstatter eines Krakauer Blattes in der Festung Brest-Litowsk nach einer rigoros durchgeführten Leibesvisitation eine Stunde lang in einer Gefängniszelle untergebracht, bis der Festungskommandant den Irrtum aufklärte. Die Zelle, in der sich der Berichterstatter befand, war fünf Schritte lang und drei Schritte breit

Der Berichterstatter sah hier der verhafteten Abgeordneten, die zu je zwei aus einer Zelle kamen, um ihren halbstündigen Spaziergang zu unternehmen. Die Abgeordneten hatten geschorene Köpfe; sie waren ohne Kragen und ohne Schuhbänder. Als Lektüre erhalten die Gefangenen die Geschichte der polnischen Armee.

Verweigerung der Arbeitsdienstpflicht.

Der Magistrat der Stadt Salzwedel hat auf Grund verschiedener Ausschreitungen beschlossen, denjenigen Wohlfahrtserwerbslosen den Genuß der Arbeitslosenunterstützung zu entziehen, die noch immer die vom Magistrat beschlossene Arbeitsdienstpflicht verweigern. Es kommen hierfür etwa ein Drittel der Wohlfahrtserwerbslosen in Frage. Die auf die Frau und die Kinder entfallenden Anteile werden der Frau in Form von Gutscheinen für Lebensmittel weiter gezahlt. Auf dem Rathaus wurde ein sich zur Arbeitsstätte begebender Arbeitswilliger von dem Kommunisten Strommer ins Gesicht geschlagen. Als die Polizei Strommer verhaften wollte, nahm die Menge eine drohende Haltung gegen die Polizeibeamten ein, denen es schließlich doch gelang, den Verhafteten in Gewahrsam zu bringen.

Der Ausbau des Elbe-Spree-Oder-Kanals gefordert.

Die starke Arbeitslosigkeit und die Hochwassernöte an der Schwarzen Elster haben die Pläne auf Ausbau des Elbe-Oder-Spree-Kanals in seinem westlichen Flügel von Mühlberg (Elbe) bis Senftenberg wieder lebendig werden lassen. Auf Anregung des Magistrats in Senftenberg fand in Elsterwerda eine Beratung der Vertreter der an der geplanten Kanalstrecke liegenden Städte und Gemeinden statt. Nach einem eingehenden Bericht über den Stand der Vorarbeiten ergänzte der Verfasser des Kanalprojektes Dr.-Ing. Habestedt-Berlin, die Mitteilungen nach der technischen Seite hin. Eine eingehende Aussprache ergab, daß die interessierten Städte und Gemeinden die Inangriffnahme des Teilstückes Mühlberg-Senftenberg wünschen. Man rechnet damit, daß etwa 10 000 Arbeiter zwei Jahre lang hier beschäftigt werden können. Maßgebend ist allerdings auch der Gesichtspunkt, daß die Führung des Kanals im Flußbett der Schwarzen Elster ihn zu einem besonders geeigneten Vorfluter für die jetzt bei jedem heftigen Regenfall überschwemmten Elsterniederungen gestalten würde. Die Beratung endete mit dem Beschluß, mit allen Mitteln zu versuchen, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms den Bau in Angriff zu nehmen, dessen Rentabilität vom Kanalbauamt Senftenberg bejaht worden ist.

Gefährlicher Dachstuhlbrand.

In einem Grundstück der Herderstraße in Halle entstand ein gefährlicher Dachstuhlbrand. Beim Eintreffen der Feuerwehr war das Treppenhaus bereits so stark verqualmt, daß die Bekämpfung des Brandes von der Straße und vom Hof aus erfolgen mußte. Da Menschenleben in Gefahr waren, mußten alle Löschzüge zur Brandstelle herangerufen werden. Der Feuerwehr gelang es mit Hilfe des Seilrettungs-Apparates die in Gefahr schwebende Frau und ein Kind zu retten. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt.

Nah und Fern

○ **Bankkrach in Bad Pyrmont.** Die Pyrmonter Bank in Bad Pyrmont ist durch Unterschlagungen zweier Bankbeamter um ungefähr 190 000 Mark geschädigt worden. Die Erregung unter der Bevölkerung ist sehr groß, da bei der Bank viele kleine Sparer Einlagen haben. Eine Stützungsaktion ist durch die Städtische Sparkasse und durch die Waldeckische Bank eingeleitet worden. Man hofft, daß die Einlagen zu 80 Prozent gerettet werden können.

○ **Ein schwerer Autounfall.** Ein schwerer Autounfall ereignete sich bei Friedland in Mecklenburg. Ein mit fünf Personen besetztes Auto fuhr infolge der Regenglätte gegen einen Baum und überschlug sich. Das Auto wurde zertrümmert. Eine Person wurde als Leiche geborgen, während die anderen vier mit leichteren Verletzungen in das Friedländer Krankenhaus eingeliefert wurden.

⊙ **Ein Auto vom Zuge erfaßt.** In Fontainebleau ereignete sich ein Autounglück, bei dem zwei Personen den Tod fanden. Ein Auto, in dem der Besitzer und einer seiner Freunde Platz genommen hatten, konnte vor einem Bahnübergang nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, durchbrach die Schranke und blieb mitten auf den Schienen stehen. Noch ehe die Insassen die Möglichkeit hatten, sich in Sicherheit zu bringen, raste ein Zug vorbei und ließ nur noch einen wüsten Trümmerhaufen zurück, aus dem man die Leichen der beiden Insassen barg.

⊙ **Eine ganze Hochzeitsgesellschaft im Kampfe mit einem Einbrecher.** In Sombor (Jugoslawien) kam es während einer Hochzeitsfeier zu einem blutigen Zwischenfall. Der Bräutigam wurde benachrichtigt, daß ein Einbrecher in seine Wohnung eingedrungen sei. Die ganze Hochzeitsgesellschaft, die aus 60 Personen bestand, machte sich auf, um den Einbrecher zu fangen. Der Verbrecher verteidigte sich mit Revolverschüssen, durch die ein 16jähriger Hochzeitsgast getötet, ein zweiter schwer verletzt wurde. Im allgemeinen Durcheinander gelang es dem Einbrecher, zu flüchten, doch wurde ihm der Hut entrissen. Der Bräutigam stellte nun zu seinem Erstaunen fest, daß der Hut seinem Vetter gehörte. Der Täter konnte bald darauf verhaftet werden.

Die Söhne der Julia Lindholm.

Roman von J. Schneider-Foerstl.

49. Fortsetzung — Nachdruck verboten

„Niemand," stieß er heraus. „Bedenke die Auslagen," würgte er hinterher.

„Das werde ich regeln! Also Friedrich oder Bastian?"

„Niemand," beharrte er, niemand! — Laß mich allein, Mutter! Ich glaube, es sprengt mir das Herz entzwei."

Sie beugte sich über ihn und hielt sein Gesicht zwischen ihre Hände gebettet. Mit ihrem kleinen Taschentuch trocknete sie ihm die Schweißtropfen fort, die auf der Haut seiner Stirn perlten. „Eine Frühgeburt bringt nicht den Tod," sagte sie überzeugend.

„Sie wird sich scheiden lassen," stöhnte er. „Sie blieb ja nur noch des Kindes wegen bei mir."

Julia empfand etwas wie Genugtuung. „Wäre es dir so unerwünscht, wieder frei zu sein?" forschte sie. Ihr Blick ruhte auf seinem Gesicht, das jetzt gegen die Wand gestützt lag.

Er erwiderte nichts, hielt nur die Augen geschlossen und die Finger zu Fäusten geballt.

„Vielleicht siehst du auch zu schwarz," beruhigte sie. „Ich glaube nicht, daß sie es vorzieht, bei ihrer Mutter zu bleiben. Sie hat doch schon die Annehmlichkeit eines eigenen Heims gekostet."

Er sah auf und verschob den Mund zu einem verzerrten Lächeln. „Es war kaum von Annehmlichkeit die Rede, von den paar Stunden des friedlichen Nebeneinander abgesehen. Mitunter ist unser Zusammenleben unerträglich häßlich gewesen."

„Vielleicht wird es jetzt besser, Christoph. Wahrscheinlich hat sie der Tod des Kindes etwas geläutert und bringt sie deinem Herzen näher, als es jemals der Fall gewesen war."

Er schüttelte resigniert den Kopf, hob den Körper von der Wand ab und stützte sich gegen die Tischkante: „Ich reise also, Mutter. Die Generalvollmacht über alles, was die Firma betrifft, lege ich in deine Hände. Ehlers weiß Bescheid. Soll ich noch einmal herauskommen oder darf ich mich schon jetzt von dir verabschieden?"

„Es wäre Egoismus, dich noch einmal zu mir zu bitten, Christoph. Wie lange gedenkst du in Rom zu bleiben?"

Er sah sie abwesend an und mußte sich erst besinnen, was sie ihn gefragt hatte. „Das hängt alles von Irenes Zustand ab," antwortete er langsam. „Hier bin ich übrigens gar nicht nötig! Das macht du alles viel — viel besser allein, Mama. Ich bitte dich nur, daß du Bastian von mir grüßt — und seine Frau. Ich habe keine Zeit mehr, sie zu besuchen. Du kannst das auch telefonisch bestellen, wenn du es nicht persönlich tun willst."

Sie erwiderte nichts, begleitete den Sohn nach der Treppe und sah ihm nach, wie er an der Seite der Mulattin die Empfangsdiele durchquerte. Gleich darauf hörte sie seine Schritte auf dem Kies der Auffahrt knirschen.

Als Tatja zurückkam, fand sie die Herrin gegen die Wand gelehnt mit einem Gesicht, das Tod und Sterben eingemeißelt trug. „Ich laufe, Herrn Christoph wieder holen," schrillte sie auf und eilte die Treppe hinab. Aber sie erreichte ihn nicht mehr, er war bereits weggefahren. Auf hetzenden Füßen rannte sie wieder zurück, glitt vor der Herrin in die Knie und drückte den Kopf gegen deren Schenkel. „Er kommt wieder, Frau Senatore! — Er kommt wieder! — Frau Senatore werden Herrn Christoph nicht auch verlieren, wie armen Herrn Rudolphe!"

Mit dem sicheren Instinkt des Weibes erkannte Tatja die Gedanken, welche Frau Julia in halbe Bewußtlosigkeit hüllten, fühlte die ungeheure Angst der Mutter, auch noch diesen zweiten Sohn nicht mehr wiederkehren zu sehen. Behutsam faßte sie die Gebieterin unter und führte sie nach dem Schlafzimmer, wo sie dieselbe auf die Chaiselongue drückte und eine blaßrote Daunendecke über ihren Körper breitete.

„Herr Christoph ist eine vernünftige Mann! Eine sehr vernünftige!" beschwichtigte sie eindringlich. „Frau Senatore werden etwas schlafen, ich wecke sofort, wenn notwendig! — Bitte!"

Julia drehte den Kopf gegen die Wand. Als Tatja eine halbe Stunde später sich über sie neigte, war die Herrin eingeschlafen.

— — — — — — — — —

Ilse Lindholm sah unschlüssig zu dem Impresario auf, dessen korpulente Gestalt einen mächtigen Schatten auf das Parkett des Bodens warf. Sie hatte Angst vor seinen eindringlichen Worten, noch mehr aber vor dem zwingenden Blick, der von seinen grauen Augen weg über sie hinging. „Sie dürfen mir glauben, Gnädigste, es ist kein Bluff dabei, wenn ich Ihnen versichere, daß das Theater, in dem Sie jetzt angestellt sind, Pleite machen wird. Und zwar bald! Vielleicht heute schon, vielleicht erst morgen oder übermorgen. Die nächste Woche ganz bestimmt."

„Mein Kontrakt läuft noch bis zum Oktober," wandte sie ein.

„Was heißt Kontrakt? Wie wollen Sie's machen, wenn der Direktor sperrt? — Ohne Gage arbeiten? — Nee! Das macht keiner. Mit drei Ihrer Kollegen habe ich bereits Abschlüsse getroffen. Ich meine es gut. Die Torda schleckt sich die Finger, wenn ich ihr den Vertrag unterbreite! Es geht nämlich nach Amerika, müssen Sie wissen! Nach Amerika! Es wird Dollar schneien! Dollar! Verehrteste! Darf ich Ihnen die Feder reichen?"

Die junge Frau hatte ein Flimmern vor den Augen, das ihr die Gestalt des Impresario wie einen riesig aufgedunsenen Fettfleck zeigte. Ihre Hand machte eine hilflose Bewegung. Da hatte er ihr auch schon seine Füllfeder zwischen Daumen und Zeigefinger gedrückt:

„Ilse Lindholm!"

Nun waren es die Buchstaben, die vor ihrem Blick tanzten. Was würde Bastian sagen? Daß er es nicht billigen könnte, zog sie gar nicht in Betracht. Er würde sich zweifellos freuen, wenn ihre Finanzen sich in die Höhe schraubten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719301115-12/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 137. **Sonnabend, den 15. November 1930.** **33. Jahrg.**

Abrüstung und Vertragsrevision

Genf gegen deutschen Antrag.

Kriegsmaterial wird nicht festgestellt.

Der in Genf tagende Abrüstungsausschuß hat nach viertägigen bewegten Verhandlungen in drei Abstimmungen endgültig jede direkte Herabsetzung oder Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials abgelehnt. Damit ist einer der entscheidenden Punkte aus dem Abrüstungsabkommen herausgenommen worden.

Der Abrüstungsausschuß lehnte zuerst den entsprechenden sowjetrussischen Antrag mit zwölf gegen fünf Stimmen bei zehn Enthaltungen ab. Für den sowjetrussischen Antrag stimmten Deutschland, Italien, Holland, Sowjetrußland und die Türkei, dagegen England, Frankreich, Belgien, die Kleine Entente, Polen, Finnland, die Vereinigten Staaten, Japan und Südslawien.

Der deutsche Antrag, der auf Grund eines besonderen Antrages Brustoffs zur namentlichen Abstimmung gestellt wurde und der eine direkte Erfassung des Kriegsmaterials der Landrüstungen verlangt, erhielt neun gegen neun Stimmen und sieben Enthaltungen, gilt damit als abgelehnt. Für den deutschen Antrag stimmten Deutschland, Italien, Kanada, die Vereinigten Staaten, Holland, Schweden, die Türkei, Sowjetrußland, Venezuela, gegen den Antrag die gleiche Mehrheit, die auch den sowjetrussischen Antrag abgelehnt hatte.

An dritter Stelle wurde sodann mit elf gegen neun Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen ein italienischer Antrag abgelehnt. Mit der Ablehnung der gesamten Anträge ist der Versuch, irgendeinen wirksamen Vorstoß in der Richtung auf wirkliche und ernsthafte Beschränkung der Rüstungen oder doch der Anhäufung von Kriegsmaterial einzuleiten, gescheitert.

Wasch mir den Pelz ...

Der Abrüstungsausschuß hat nach der Ablehnung der deutsch-italienisch-sowjetrussischen Anträge auf direkte Herabsetzung und Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials einen englischen Antrag mit 16 gegen 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen, nach dem eine Herabsetzung des Kriegsmaterials lediglich durch eine gewisse Beschränkung der Heeresausgaben möglich sei. Im übrigen stellt der angenommene englische Antrag fest, daß gewisse Abordnungen eine direkte Erfassung des Kriegsmaterials, andere Abordnungen eine Verbindung der beiden Methoden fordern. Gegen den englischen Antrag stimmten Deutschland, Italien und Sowjetrußland. Der amerikanische Botschafter Gibson enthielt sich der Stimme.

Tardieu gegen Deutschland.

Vertrauensvotum für das Kabinett Tardieu.

Die außenpolitische Debatte in der Französischen Kammer endete mit einem Vertrauensvotum für die Regierung Tardieu, der von den Abgeordneten mit 323 gegen 270 Stimmen bezeugt wurde, daß sie das Vertrauen der Kammer für ihre bisherige auswärtige Politik besitze.

Vor der Abstimmung hatte Ministerpräsident Tardieu das Wort zu längeren Ausführungen ergriffen, bei denen er sich wie sein Außenminister Briand insbesondere mit den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland beschäftigte. Zwar machte er bei Beginn seiner Rede vor Briand eine Verbeugung, indem er sagte, daß er sich mit ihm in der Führung der auswärtigen Politik Frankreichs solidarisch erklärt. Diese Solidaritätserklärung verschwand allerdings dann vollständig bei den weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten, die sich scharf gegen Deutschland wandten und sich besonders mit der Frage der Abrüstung und der Vertragsrevision beschäftigten. Tardieu betonte insbesondere, daß ein Anspruch Deutschlands nicht existiere, daß auch die anderen Mächte abrüsten. **Im Friedensvertrag sei Deutschland die Entwaffnung allein auferlegt worden. Die Klauseln des Versailler Vertrages und der Völkerbundsatzungen brächten nur den Wunsch Frankreichs und der Siegerstaaten zum Ausdruck, die in voller Freiheit ihrer Entscheidungen die Rüstungen beschränken könnten. Tardieu vertrat übrigens merkwürdigerweise die Ansicht, daß Deutschland heute noch mit seinen Abrüstungsverpflichtungen im Rückstand sei, und betonte, daß Frankreich schon in weitem Maße abgerüstet habe.**

Bezüglich der Vertragsrevision vertrat Tardieu die Meinung, daß nach Artikel 19 der Völkerbundsatzungen eine Revisionsmöglichkeit bestehe. Da aber dieser Artikel Einstimmigkeit für jede Änderung verlange, „genieere er Frankreich weiter nicht". Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft stammten nicht aus den Verträgen, sondern aus den Verlusten des Krieges. Es sei kindlich und absurd, von einer Vertragsrevision wirtschaftliche Heilung zu erhoffen. Die territorialen Fragen aufzuwerfen, bedeute aber Krieg.

Die Ausführungen Tardieus müssen also als starre Ablehnung jeder territorialen Revision bezeichnet werden.

Die Minderung der Haushaltsausgaben.

Weiterberatung der Reichsratsausschüsse. — Die Schwierigkeiten der Wohlfahrtsunterstützung.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates setzten unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich die Beratung des Gesetzentwurfes über die Senkung der Realsteuern fort. Die Vorlage wurde in erster Lesung erledigt. Eine zweite Lesung soll in der nächsten Woche stattfinden. Die Ausschüsse begannen dann die zweite Lesung des Ausgabenbegrenzungsgesetzes, das bestimmt, daß die Ausgaben in den Jahren 1932 und 1933 nicht höher sein dürfen als 1931. Strittig ist hier bekanntlich besonders die Stellung der Gemeinden, die darauf hinweisen, daß eine solche Begrenzung der Haushaltsausgaben durch den dauernden Zugang von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern außerordentlich erschwert werde.

Ersatz für Gefrierfleisch.

Fleischmarken an Minderbemittelte.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages verhandelte über die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel zur Verbilligung von Frischfleisch an Stelle des in Fortfall gekommenen zollfreien Gefrierfleisches. Reichsernährungsminister Schiele führte aus, daß sich die Frischfleischverbilligung nur auf diejenigen Gemeinden erstrecken soll, die bisher mit zollfreiem Gefrierfleisch beliefert worden sind. Die Gemeinden erhalten erstmalig Anfang Dezember die auf sie entfallenden Fleischmarken, die monatlich an die Minderbemittelten verteilt werden sollen. Wenn die Verteilung am 1. Dezember beginnt, sind als Reichszuschuß für den Rest des Rechnungsjahres sofort noch 6,7 Millionen Mark notwendig, während im ganzen für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 110 Millionen Mark gebraucht würden.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Von den Sozialdemokraten wurde beantragt, daß die Reichsregierung ein Gesetz einbringen soll, wodurch entweder die zollfreie Gefrierfleischeinfuhr von 100 000 Tonnen zugelassen oder unter entsprechender Änderung des Fleischbeschaugesetzes der Zoll für Gefrierfleisch auf höchstens 15 Mark für den Doppelzentner herabgesetzt wird.

Der Kampf um das Frischfleisch.

Ein weitgehender Beschluß.

Zu einem größeren Konflikt zwischen Reichsregierung und dem Haushaltsausschuß des Reichstages kam es zum erstenmal bei der weiteren Beratung über die Verbilligung des Frischfleisches. Vor der Abstimmung wandte sich Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gegen alle Anträge, zu deren Durchführung erhebliche Geldmittel erforderlich seien, denn es sei keine Möglichkeit vorhanden, solche Mittel aufzubringen. Dann kam es zur Abstimmung.

Unter Ablehnung aller übrigen Anträge wurde schließlich einem kommunistischen Antrag zugestimmt, der die Reichsregierung auffordert, die Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung in der Weise vorzunehmen, daß der Preis des verbilligten Frischfleisches in keinem Falle höher sein darf als der bisherige Preis des zollfreien Gefrierfleisches und daß der Kreis der Bezieher von verbilligtem Frischfleisch alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten umfassen muß.

Für den Antrag der Kommunisten stimmten mit den Antragstellern die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, zwei Mitglieder der Landvolkpartei und ein Christlichsozialer. Dagegen stimmten das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

640 Millionen erforderlich.

Die geplante Verbilligung des Frischfleisches zum Ersatz für die gesperrte Einfuhr von Gefrierfleisch sollte nach dem Anschlag des Reichsernährungsministeriums für das zweite Etatshalbjahr berechnet rund zehn Millionen Mark kosten. Würde die Verbilligung erst ab 1. Dezember eintreten, also für vier Monate bis zum Schluß des Rechnungsjahres, wären 6⅔ Millionen erforderlich. Der jetzige Beschluß des Reichshaushaltsausschusses würde nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums rund 640 Millionen Mark in Aussicht nehmen. Die Regierung wird vom Reichstag die Wiederbeseitigung dieses Beschlusses des Haushaltsausschusses verlangen, daß die Reichsregierung den angenommenen Antrag lediglich als agitatorisch und verantwortungslos bezeichnen müsse. Denn man könne keine Anträge annehmen, ohne nicht den Weg zu zeigen, wie sie durchgeführt werden können.

Lärmszenen im Preußischen Landtag.

(187. Sitzung.) tt. Berlin, 13. November.

Im Preußischen Landtag kam es zu Beginn der Sitzung zu starken Lärmszenen. Die Deutschnationalen verlangten die sofortige Beratung eines Antrages, der sich mit den

Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei

am Berliner Universitätsgebäude beschäftigt und der das Staatsministerium um eine eingehende Darstellung der Vorgänge ersucht. Bei den Worten des Abgeordneten Borck (Dnt.): „Der Landtag müsse sich dagegen verwahren, daß ein System, das aus dem Verbrechen der Novemberrevolution entstanden sei ..." erhob sich bei den Sozialdemokraten ein ungeheurer Lärm. Durch andauernde Schlußrufe wurde der Redner am Weitersprechen gehindert. Dem Präsidenten gelang es nicht, die Ruhe wiederherzustellen, so daß sich der Abgeordnete Borck gezwungen sah, vom Rednerpult abzutreten. Der sofortigen Beratung des deutschnationalen Antrages wurde durch die Sozialdemokraten widersprochen.

Es folgt die dritte Beratung der Durchführungsbestimmungen [illegible]

Auf d[illegible] Höpker-Asch[illegible]

Fr[illegible] dann über das R[illegible] an die Beamtens[illegible]

versäu[illegible] vielleicht ergeben [illegible] sondern dem gesunke[illegible]

Di[illegible] der Schluß-abstim[illegible]

Es [illegible] nationalen und de[illegible] chtung von

sowie [illegible] t, daß vor Zulassu[illegible] dagogischen Akaden[illegible] die Zulässigkeit der [illegible] preußischen Volksse[illegible] Etat für 1931 so[illegible] n Akademie für ein[illegible] erden.

De[illegible] Grimme erläute[illegible] klärte, der Staat [illegible] ungen nicht nur Ta[illegible] zu sorgen.

M[illegible] er verzichte vorläu[illegible] angesichts der all[illegible] Fungslehrer-not ein[illegible] emeinen für Ostern [illegible]

Ab[illegible] erfülle von [illegible] g gebracht werden müssen, gegen die Vorlage aus.

Abg. Boelitz (D. Vp.) wies darauf hin, daß nach der Erklärung des Zentrumsredners die Opposition einen unerhofften Zuwachs erhalten habe. Artikel 174 der Reichsverfassung kenne keine „weltlichen" Schulen.

Nach der Aussprache vertagte sich das Haus.

Der Preußische Landtag zur Agrarnot.

(188. Sitzung.) tt. Berlin, 14. November.

Das Haus verabschiedete den Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Marburg a. d. Lahn. Annahme fand auch eine Änderung des Gewerbesteuergesetzes, wonach die staatlich geprüften oder nach § 123 der Reichsversicherungsordnung zulassungsfähigen Zahntechniker (Dentisten) sowie die vereidigten Land- und Feldmesser und die Markscheider als Angehörige der freien Berufe im Sinne der Gewerbesteuerverordnung gelten sollen.

Das Haus begann hierauf die gemeinsame Beratung zahlreicher Großer Anfragen und Uranträge, die sich mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719301115-12/fragment/page=0007